

## Bulgarien: Hoffnung auf Wachstum in Bau und Automobilfertigung



Rosen Plevneliev ist Minister für Regionalentwicklung und Infrastruktur in der noch jungen bulgarischen Regierung. Angesichts der unternehmensfreundlichen Steuergesetze und Erholung des Bausektors (wir berichteten im Newsletter November) erwartet Plevneliev eine deutliche Belebung der ländlichen Wirtschaft in 2010.

Doch auch Bulgarien setzt auf die zwar kostenorientierte, aber hoch verkettete Automobilindustrie. Obwohl es kaum mit seinen Nachbarländern Rumänien (Dacia, Ford) und Serbien (Fiat) mithalten kann, laufen Verhandlungen mit dem chinesischen Konzern Great Wall Ltd. Über den Aufbau einer PKW-Produktion im Ort Lovech mit einem Volumen von 80 Mill. €.

Auch der deutsche Automobilzulieferer Dräxlmaier prüft eine massive Aufstockung seiner Greenfield-Produktion im nordmoldauischen Baltj. Dort wird wegen der verlockenden Kostenvorteile trotz begrenztem Arbeitsmarkt eine zusätzliche Investition von 20 Mill. € geprüft.

## Serbien und Ungarn: Industriestrategien jenseits der Tagespolitik

Im Rahmen der Investitionen von FIAT in Kragujevac, Serbien, und von Daimler in Kecskemet, Ungarn, schreiten die Planungen deutscher Automobilzulieferer voran. Einerseits haben laut Umfragen des DIHKT die Produktionsverlagerungen der deutschen Industrie ihren Tiefstand erreicht. Während Pioniere wie Dräxlmaier, Leoni und Continental seit Mitte der 90er Jahre in den Osten strebten, zogen konservative Mittelständler bis vor kurzem nach.

Inzwischen sind die Auslandsinvestitionen selektiv und behutsam. Sie folgen der Expansion und Lokalisierung der Montagewerke. Während sich Ford in Südrumänien und Daimler in Südungarn ausbreiten, investieren FIAT in Zentralserbien und Volkswagen im europäischen Russland. Die Bedeutung der Autoindustrie für die schnell erstarkenden Volkswirtschaften und deren inzwischen geringe Arbeitslosigkeit erfordert eine inzwischen integrierte Produktionsplanung: für mittelständische Zulieferer. Das Beispiel Kecskemet zeigt: Kosten und Konzeption sind je nach Nähe zum Hauptwerk und Wahl der Immobilie völlig unterschiedlich.

## Rumänien: Regierungskrise dauert an

Präsident Basescu hat seinen politischen Vertrauten Liviu Negoita (Foto links, ein sehr populärer Bürgermeister in Bukarest / Sektor 3) als neuen Ministerpräsident designiert. Negoita hatte schon vor Mitte November die Liste seines Kabinetts im Parlament hinterlegt. Für die 16 Ministerien sollen auf der Liste ähnliche Namen stehen wie zuletzt auf der durchgefallenen Liste von Lucian Croitoru (Foto rechts). Auch das Regierungsprogramm soll dem von Croitoru sehr ähnlich sein.



Seitens der „Anti-Basescu“-Koalition, gebildet aus PSD (Sozialdemokraten) und der PNL (Liberalen) wurde wiederholt unterstrichen, dass man mit Liviu Negoita nichts zu beraten habe. Nun werden Überlegungen angestellt, die Abstimmung über das Kabinett Negoita zu vertagen, möglichst nach den Präsidentschaftswahlen am 22. November bzw. 6. Dezember. Der neugewählte Präsident kann aber ab dem 6. Dezember mit grosser Wahrscheinlichkeit (s)eine Mehrheit im Parlament bilden.

Wegen der andauernden Regierungskrise in Rumänien hat eine gemeinsame Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Weltbank ihren Besuch in Bukarest unterbrochen. Erst wenn eine neue Regierung im Amt sei, wolle der IWF die Gespräche über die dritte Kredittranche wieder aufnehmen. IWF, EU-Kommission und Weltbank haben Rumänien einen Unterstützungskredit von rund 20 Milliarden Euro zugesagt. Rumänien benötigt in den nächsten beiden Monaten dringend rund 3,5 Milliarden Euro zum Ausgleich des Haushaltsdefizits.

## Ukraine: Sozialstudie der Akademie der Wissenschaften weist auf Elend

Nur fünf Prozent der Einwohner der Ukraine reklamieren keine materiellen Mangelerscheinungen. In der Prioritätenliste der Missstände werden zunächst Preiserhöhungen (64,2 % geben dies an), dann Unterbezahlung (52,4 %) und Arbeitslosigkeit (42,6 %) genannt. Weitere genannte Problembereiche sind die Gesundheitsversorgung mit 39,4 %, die politische Instabilität mit 29,5 %, die Korruption mit 28,1 % und die Versorgung mit Wohnraum, Gas, Strom und Wasser (23,4 %).

Die Mehrheit der Bevölkerung hat zwar keinen Hunger. Doch 38,4 % der Menschen können sich keine Kleidung oder Schuhe leisten und 34,6 % keine Haushaltsgeräte und Möbel. Die bekannten Spannungen mit Russland werden von knapp 20 % der Bevölkerung als besorgniserregend genannt, und insgesamt nur 5,8 % nannten den denkbaren Beitritt zu EU oder NATO als wichtiges Anliegen! Diese Angaben gehen auf die am bis Ende Oktober 2009 durchgeführte Umfrage von Prof. Mykola Mykalschenko (Akademie der Wissenschaften) bei fast 2 500 Bürgern in 16 Regionen zurück.

Ende November wird in der Ukraine endlich der neue Staatspräsident gewählt. Davon erwarten alle Beobachter eine neue Planungsgrundlage für Wirtschaft und Politik.